

Volkszeitung



Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe angeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin * Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 * Fernsprech. - Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800/11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Die Regierungsforderungen an Bremen.

Der Waffenstillstand von Verdun

Drahtmeldung der „Volkszeitung“.

* Bremen, 3. Februar.

Die Reichsregierung hat auf die ihr durch das Mitglied des Arbeiterrats Lampl und Leinwand Frigelwig von der Division Gerstenberg überbrachten Bedingungen folgende Gegenbedingungen gestellt, die kurz vor Ablauf des Waffenstillstandes, um 12 Uhr mitternacht, eintreffen:

Der Bremer Rat der Volksbeauftragten tritt sofort zurück. Es ist im Laufe des heutigen Montag eine neue Bremer Regierung zu bilden auf Grund des Stimmverhältnisses bei der Wahl zur Nationalversammlung.

Die Ablieferung der Waffen hat sofort an die neugebildete Regierung zu erfolgen, die sie der Division Gerstenberg überliefert.

Werden diese Bedingungen einwandfrei erfüllt, wird die Division Gerstenberg Bremen nicht besetzen.

Die Wahlen zur Nationalversammlung, auf Grund deren Ergebnis in Bremen die neue Bremer Regierung gebildet werden soll, brachten in Bremen (Stadt und Land) folgendes Stimmverhältnis: Mehrheitssozialisten 69 489, Deutsche Demokratische Partei 55 544, Unabhängige Sozialisten 30 123, Deutsch-Nationale 6087, Zentrum 2930, Deutsche Volkspartei 461.

Auf Grund dieses Stimmverhältnisses würde der Deutschen Demokratischen Partei als der zweitstärksten eine Vertretung in der neuen Regierung zustehen.

Verhandlungen mit Dr. Lauffenberg.

Im Laufe des gestrigen Nachmittags wurden, wie die „Volkszeitung“ meldet, die Verhandlungen mit der aus Hamburg und Göttingen entsandten Deputation des dortigen Arbeiter- und Soldatenrats über die Verhältnisse in Bremen im Besonderen und in den Hansestädten im allgemeinen fortgesetzt. Wortführer der Abordnung war Dr. Lauffenberg. Er erklärte, daß der Hamburger A.- und S.-Rat in keinem Falle eine Chronikung in derartige Verhältnisse dulden werde, und daß, falls sie dennoch erfolge, die Waffen ergriffen werden.

Von der Reichsregierung wurde die Abordnung mit den eindringlichsten Worten auf die Folgen jedes unverantwortlichen Zorns hingewiesen. Es wurde ihr gesagt, daß die Gewährleistung der Ordnung in den Hansestädten keine private Angelegenheit berühre. Die Reichsregierung ließ schließlich der Deputation ihre den Bremern gestellten Gegenbedingungen nach einer Ratifizierung, an der auch der preussische Kriegsminister teilnahm, der Hamburger Deputation übermitteln.

Lauffenberg beklagte sich in den beweglichsten Worten über das Mißtrauen, das aus den Bedingungen der Reichsregierung spricht. Ihm wurde zurecht erwidert, daß dieses Mißtrauen nur allzu begründet sei, weil die Hamburger A.- und S.-Räte gegen die Mißwirtschaft in den Hansestädten nichts Wirksames unternommen hätten, um dafür die Wirtschaft übernehmen zu können, daß die Ernährung des ganzen Volkes mit Lebensmitteln sichergestellt wird.

Da diese Bedingungen das Minimum darstellen, so muß die Division Gerstenberg einrücken, wenn sie nicht auf den Buchstaben genau erfüllt werden. Es ist anzunehmen und zu hoffen, daß die Bremer Kommunisten freiwillig auf ihre angemaßte Ursaportrolle verzichten werden im Bewußtsein, daß sie auf jeden Fall bei einem Zusammenstoß den Kürzeren ziehen würden.

Die Stimmung in Bremen.

Bremen, 3. Februar.

Eine Entscheidung über die Haltung der Arbeiter ist noch nicht abzusehen. Auf der Werferwerft ruhte die Arbeit heute vollständig. Die nach Gröbblingen fahrenden Straßenbahnen wurden angehalten; die Angestellten der Werft mußten umsitzen, oder, wenn sie das nicht wollten, sich verpflichten, an der Verteilung der Werft teilzunehmen. Auch auf den Atlas-Werken ist die Arbeit eingestellt. Auf den Hansa-Cloud-Werken arbeiten von der gesamten Belegschaft ungefähr 1000 Mann, also ein Drittel. Dort sind die Arbeiter zu einer Versammlung zusammengetreten, um sich über die Fortsetzung der Arbeit schlüssig zu werden.

Um 11 Uhr treten die Volksbeauftragten im Rathaus zu einer Beratung zusammen. Zu 1 Uhr ist eine Sitzung des Arbeiterrates anberaumt, die sich wahrscheinlich mit der

Frage der Waffenablieferung befassen wird. In der Nacht erschien ein Extrablatt von mehrheitssozialistischer Seite, in dem mitgeteilt wird, daß die Kommunisten in ihrer Sitzung am gestrigen Sonntag beschlossen hätten, die Waffen nicht abzuliefern.

Die Aufgabe der Division Gerstenberg.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters

* Verdun a. d. Mos., 3. Februar.

Die Reichsregierung fordert im Gegensatz zu den Bedingungen der Bremer Arbeiter, die die Waffen dem Soldatenrat des 9. Armee-Kommandos und dem Groß-Hamburger Soldatenrat abliefern wollten (wobei also die Waffen in Bremen geblieben wären), die Abgabe der Waffen an die Division Gerstenberg, nur auf dem Umwege über die neuzubildende Regierung. Eine Zurückziehung der Division ist in den Gegenbedingungen der Reichsregierung nicht enthalten. Die Division Gerstenberg würde bei einer Einigung zur Sicherung der Bedingungen vorläufig in ihren Standorten bleiben. Ihr alter Auftrag, Ruhe und Ordnung in Stadt und Land Bremen herzustellen und zu sichern, bleibt bestehen. Von einer Besetzung Bremens (d. h. von der Unterstellung der Stadt unter das Militärkommando der Division) wird Abstand genommen werden. Gegenüber wird die Division wahrscheinlich als eine Art Ordnungsgeschw. in die Stadt einrücken. Das ist natürlich etwas ganz anderes, als wenn die Division Bremen besetzen würde, denn bei der Besetzung würde dem Kommando die absolute Gewalt übertragen sein. In welcher Weise die Division sich von der Ausführung der angeordneten Maßnahmen, insbesondere von der Ablieferung sämtlicher Waffen, überzeugen wird, ist noch Gegenstand besonderer Erwägungen.

* Bremen, 3. Februar.

Heute morgen gegen 5 Uhr kam es bei Bremermann am Debestedebach und an der Mitte des Deides zwischen Horn und Vliethal zu einem Körperkämpfe zwischen Regierungstruppen und Spartakisten, in dessen Verlauf von den Spartakisten fünf Mann getötet wurden. Von den Regierungstruppen sind zwei Mann getötet. Außerdem gab es mehrere Verwundete, die in das Restaurant St. Pauli in Horn geschafft wurden. Die Schulen in der dortigen Gegend sind geschlossen worden.

Die Hächler Farbwerke unter französischer Besetzung.

Drahtmeldung der „Volkszeitung“.

* Frankfurt a. M., 3. Februar.

Die französische Besetzung in Höchst a. M. hat die Hächler Farbwerke in ihren Besitz genommen. Eine größere Anzahl französischer Chemiker arbeitet zusammen mit den deutschen Angestellten. Die Erzeugnisse wandern in die Länder der Alliierten, besonders Farbstoffe und Salvarsan. Die Ausfuhr des Salvarsans nach Deutschland ist streng verboten, so daß sich in den deutschen Krankenhäusern und Heilanstalten bereits ein empfindlicher Mangel an diesem Heilmittel bemerkbar macht.

Winterfeldts Nachfolger.

Zum Nachfolger des Generalmajors v. Winterfeldt als Vorkommandeur der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa ist der General Freiherr v. Hammerstein, zurzeit Abschnittskommandeur in Wessell, benannt worden.

Walk von den Elten genommen.

Wlawa, 2. Februar.

Die finnisch-estnischen Truppen, die von Dorpat südwärts vorgehen, haben einen beträchtlichen Erfolg gegen die Rotgardisten errungen. Die Stadt Walk, wichtig als Knotenpunkt für die Ehenhaballanten Riga-Neval und Riga-Pleskau, ist von ihnen genommen worden. Damit ist eine der wichtigsten rückwärtigen Verbindungen für die in Livland und Kurland operierenden bolschewistischen Truppen abgeschnitten. Dagegen haben die Rottentruppen in Kurland einen nicht unbeträchtlichen Erfolg errungen. Es ist zwei von Ljudom und von Goldingen vorgehenden Abteilungen gelungen, die Hafenstadt Windau zu besetzen.

Die Kolonien.

Von

Alexander Reblitz.

In einem früheren Artikel („Völker-Organisation“, Abendausgabe vom 27. Januar) ist an dieser Stelle der Versuch unternommen worden, das Arbeitsprogramm einer Organisation der europäischen Kontinentalmächte zu entwerfen, wodurch Europa zu einem wirtschaftlich und politisch unabhängigen und damit gleichberechtigten Teilnehmer des geplanten Völkerbundes werden würde. Einer der wichtigsten Punkte dieses Programms lautete:

Gemeinsame Erschließung tropischer Rohstoffgebiete auf Grund der jedem Kulturvolf obliegenden Pflicht zur kolonialwirtschaftlichen Betätigung und zur Förderung der Naturproduktions im allgemeinen Interesse.

Das Bekenntnis zu dieser Forderung erscheint um so dringlicher angesichts der Pariser Beratungen über die Kolonien. Im Rate der Alliierten stehen einander zwei Auffassungen gegenüber, kaum überbrückt durch ein notwendiges Kompromiß mit vorläufigem Charakter. Die Gruppierung ist sehr bezeichnend: auf der einen Seite England und Amerika, auf der anderen die auf der Konferenz vertretenen europäischen Festlandsstaaten und Japan. Die beiden von diesen Gruppen vertretenen Forderungen sind für Deutschland zunächst gleich ungünstig. Beide Gruppen verweigern die Rückgabe der deutschen Kolonien und der asiatischen Türkei an die bisherigen Besitzer. England und Amerika wollen, daß sie in das Eigentum des künftigen Völkerbundes übergehen; die andere Gruppe will ihre Verteilung an diejenigen Staaten, die im Kriege von den einzelnen Gebieten Besitz ergriffen haben.

Behörden und öffentliche Meinung in Deutschland haben beide Summationen zurückgewiesen. Aber es fragt sich nun, welche Gegenforderung erhoben werden muß. Bisher hat nur der Staatssekretär des Auswärtigen Graf Brockdorff-Ransau einen positiven Vorschlag veröffentlicht. Er verlangte im Gespräch mit einem amerikanischen Journalisten (vgl. die heutige Morgenausgabe) „eine angemessene Verteilung der Kolonialgebiete an einzelne Nationen zur Verwaltung unter eigener Verantwortung“. Ueber der Verwaltung der einzelnen Staaten müsse aber eine Kontrollinstanz des Völkerbundes stehen, die dem starken Ausbeutungsinteresse des Mutterlandes das Menschheitsinteresse einer wohlwollenden Behandlung der eingeborenen Bevölkerung gegenüberstelle.

Die Spitze dieses Vorschlages richtet sich gegen den für Deutschland unannehmbaren französisch-italienisch-belgischen Aufteilungsplan. Dagegen nimmt er grundsätzlich die von England und Amerika angestrebte Oberherrschaft über den Völkerbund an und will diese beiden Mächte nur zu einer für Deutschland günstigen, aber keineswegs grundsätzlichen Mobilisation ihrer Absichten bewegen. Der Gedankengang des Staatssekretärs leidet aber unter einem logischen Mangel. Die Anerkennung des Völkerbundes als der höchsten Gewalt und Kontrollinstanz in dieser wie in irgendeiner anderen Frage muß von dem Charakter des zu errichtenden Völkerbundes abhängig gemacht werden. Die beiden möglichen Konstitutionen des Völkerbundes sind schon in dem oben zitierten Artikel genannt worden. Er wird entstehen „entweder durch eine solche Verstärkung der Macht eines einzelnen Staates oder einer Staatengruppe, daß ihre praktisch die volle diktatorische Gewalt über die anderen Mitglieder des Bundes zusteht. Oder durch eine Organisation des Völkerbundes, die ein wirkliches Gleichgewicht zwischen Starren und Schwachen und dadurch eine für alle Teile gleich verbindliche Rechtsgrundlage innerhalb des Völkerbundes schafft.“ Diese zweite allein annehmbare Konstitution bedingt aber, wie weiter ausgeführt wurde, zunächst die Organisation der europäischen Festlandsstaaten untereinander. Geht man von dem Gedanken eines solchen Völkerbundes aus, so ist es nicht möglich, daß der europäische Kontinentalstaat Deutschland bei den Friedensverhandlungen an der Seite von England und Amerika den übrigen Staaten des europäischen Festlandes feindlich entgegentritt.

Der Völkerbund, unter dessen Kontrolle England und Amerika die französischen Kolonialgebiete stellen wollen, ist nicht